



Pressemitteilung vom 29.10.2021

**Antisemitismusbeauftragten stärken:
Michael Blume leistet eine hervorragende, unverzichtbare Arbeit**

Karlsruhe. „Der richtige Mann - zur richtigen Zeit - am richtigen Ort“, so charakterisiert Rami Suliman, der Vorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden den Antisemitismusbeauftragten der baden-württembergischen Landesregierung Dr. Michael Blume. „Wir müssen Tendenzen, den Wirkungsbereich des Antisemitismusbeauftragten zu beschränken, klar entgegenzutreten“, sagt Suliman.

Im März 2018 wurde Michael Blume in Abstimmung mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden und Württemberg zum bundesweit ersten Antisemitismusbeauftragten bestellt. Dem Beauftragten wurde ein Expertenrat zur Seite gestellt, dessen einzelne Mitglieder aus Religionsgemeinschaften, Wissenschaft und Gesellschaft vom Landeskabinett berufen wurden.

„Michael Blume hat den bundesweiten Fokus auf Themen gelenkt, die ansonsten öffentlich nicht wahrgenommen worden wären“ berichtet Suliman. „Die Diskussion über das Buchstabialphabet etwa, aus dem seit dem dritten Reich die jüdischen Vornamen entfernt waren, antisemitische Stereotype in zugelassenen Schulbüchern oder die Frage, ob Jiddisch als Minderheitensprache anzuerkennen ist, gehen auf seine Initiative oder seine Äußerungen zurück.“ Die Angriffe auf die Synagogen in Ulm und in Mannheim in diesem Jahr zeigen, dass der Kampf gegen Antisemitismus unverändert aktuell ist.

„Michael Blume und sein kleines Team leisten hervorragende, unverzichtbare Arbeit“ ist sich Suliman, der als Mitglied im Expertenrats vertieften Einblick in die Arbeitsweise des Referates des Beauftragten im Staatsministerium nehmen kann, sicher. Im Haushaltsentwurf des Landes Baden-Württemberg für das Jahr 2022 ist angedacht, den Etat des Antisemitismusbeauftragten zu kürzen. Die Israelitischen Religionsgemeinschaften sehen kein Einsparpotential. „Im Gegenteil, der Antisemitismusbeauftragte muss in seiner Arbeit gestärkt werden.“

Bereits im Juni 2021 hatte der Landtag beschlossen, „den Beauftragten der Landesregierung in seinem Einsatz für jüdisches Leben und gegen alle Formen von Antisemitismus zu stärken“ (LT-Drs. 17/182). Rami Suliman unterstützt das. Im Bund und in bereits elf Bundesländern hat



der Beauftragte (auch) die Bezeichnung „Beauftragter für jüdisches Leben“. Die Israelitischen Religionsgemeinschaften schlagen dem Land vor, die im Juni vom Landtag beschlossene Präzisierung des Aufgabenfeldes sichtbar umzusetzen und die Amtsbezeichnung des Beauftragten zu erweitern zu **Beauftragter der Landesregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus**. „Das stärkt die Position des Beauftragten und nimmt möglichen Vorwürfen, er überschreite seine Kompetenzen, wenn er sich für jüdisches Leben im Land einsetzt, von vornherein den Wind aus den Segeln“ so Suliman.

Hintergrund:

Die IRG Baden ist als Religionsgemeinschaft in der Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts der Dachverband der Juden im Landesteil Baden mit etwa 5.000 Mitgliedern. Ihr untergliedert sind zehn jüdische Gemeinden in Baden-Baden, Emmendingen, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Lörrach, Mannheim, Pforzheim und Rottweil. Die IRG Baden ist Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland. Ehrenamtlicher Vorsitzender der IRG Baden ist Rami Suliman aus Pforzheim. Die Verwaltung leitet der Hauptgeschäftsführer Assessor jur. Thorsten Orgonas. Die Geschäftsstelle der IRG Baden befindet sich in Karlsruhe.